

# Vossische Zeitung



# Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport, rechtliche (Montags früh), literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Österreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreliste S. 222), für Gross Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen. Telefon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1255, 1548, 7402, 7980, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungs-Spediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. einschliesslich Beleggebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellenangebote) und 40 Pf. (sonstige), für die Abendausgabe 70 Pf. im übrigen Berechnung nach Schriftarten, Lauf und Wanderung. C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamerstr. 124, W. 50. Tauentzienstr. 7, W. 62. Luthenstr. 21, S. 14. Neue Str. 18, O. 27. Holzmarktstr. 13.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) Hermann Wasmann in Berlin.

## Getrübe Hoffnungen.

Neue Wolkens.

Gen erst hat Europa unter der Wirkung der friedensbegehrenden Vorkämpfer aus Wien und Petersburg aufzuwachen begonnen, und schon wieder fährt ein rauher Wind über den Weltteil hin. Die panlawistische Partei an der Rhein, die endgültig in ihre Schranken zurückgewiesen schien, ist offenbar tatsächlich noch lange nicht entworfen; behäbe scheint es, als wolle sich das Schauspiel von 1877 wiederholen und die von einem Großfürsten — damals hieß er Alexander, heute Nikolai Nikolajewitsch — geführte allrussische Partei die friedlichen Absichten des Jaren über den Haufen werfen und diesen selbst in Abenteuer hineinreißen, denen er innerlich aufs Stärkste widersteht.

Die neuesten Nachrichten kommen aus Belgrad. Die Serben senden auf Veranlassung der russischen Kriegspartei 30 000 Mann mit allem, was für den Sturm auf eine Festung nötig ist, in die Adria, um für die Montenegro, die dazu aus eigener Kraft nicht imstande sind, Schutz zu erlangen. Desterreich und Italien warnen die Montenegro, als diese den großen Sturm auf Serbien unternähmen, vor nutzlosen Blutvergießen; man ließ den König nicht im unklaren darüber, daß Serbien unter keinen Umständen an Montenegro fallen könnte. Der König und seine Leute ließen es sich nicht gelast sein. Desterreich und Italien — das sind die einen, und die russische Kriegspartei — das sind die anderen. Montenegro hat die Hoffnung auf Ausland nicht aufgegeben. Und in der Tat, die Russen kommen zu Hilfe, indem sie die Serben veranlassen, mit verhältnismäßig großer Truppenmacht an der Seite der Montenegroer vor Serbien zu erscheinen.

Die nahezu schon im Schwinden begriffene Gefahr europäischer Herwerblichkeit taucht so plötzlich von neuem auf. Desterreich ist höher Schritt um Schritt zurückgewichen. Als die Serben Wien machten, in den Sandhaak einmarschieren, rührte sich Desterreich nicht. Das Wiener Auswärtige Amt ließ durch seine Presse erklären, in erster Linie sei es Aufgabe der Türkei, den Sandhaak zu klären, Desterreich komme erst in zweiter Linie. Aber Desterreich kam auch in zweiter Linie nicht, sondern blieb — allerdings unter Verstärkung seiner Rüstung — ruhig dabei. Als die Serben sich anrückten, in albanesisches Gebiet einzurücken, ließ Desterreich sie wissen, daß solcher Vorgang die habsburgische Monarchie sehr unliebsam berühren würde. Die Serben kümmerten sich nicht darum, sondern taten, was sie für gut fanden. Als eine serbische Kolonne sich der Adria näherte, teilte Desterreich in Belgrad mit, daß eine Festlegung Serbiens an der Adria nicht gebildet werden würde. Doch wie geüblich Desterreich trotzdem ist, ergab sich daraus, daß die Serben nun schon vier Monate an der Adria sitzen und nun neue bedeutende Streitkräfte dorthin entsenden. In der Frage der albanesischen Grenzen gab Desterreich so weit nach, daß der ursprüngliche österreichische Vorschlag kaum noch wiederzuerkennen ist. Alle Achtung vor Desterreichs Friedensliebe und vor seiner Rücksicht auf das europäische Ruhebedürfnis! Wer da etwa rufen wollte: Achtung auf Desterreich, die Dampfwalze kommt! — würde sich irren. Und trotz allem: die russische Kriegspartei arbeitet auf die Zerreißung des bündigen Drahtes hin, der durch die beiden kaiserlichen Handstreifen zwischen Wien und Petersburg gezogen wurde.

„Man kann sich ungefähr vorstellen,“ — so schreiben wir am 18. Oktober — „wie es innerhalb des Familienkreises am Petersburger Hofe zugeht. Jazze Damen und Herren sind die Balkanländer in den Gemächern des russischen Kaiserhofes. Weibliche Schwärmer für die Balkanländer sind reichlich vorhanden. Wir zählen sie alle auf, die Balkanländer am russischen Hofe, die alle nur die eine Frage kennen: Was kann der Jar am höchsten und wirksamsten für die Balkanländer gewonnen werden? Sind sie endlich so weit? Fast könnte es scheinen. Die Damen und ihre männlichen Anhängler, ob sie nun Obermänner oder dunkle Obermänner oder panlawistische Ideologen sind. Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh hat dieser Frage hoffnungsvolle Aeußerungen getan. Das Blatt des Wiener Auswärtigen Amtes schränkte die Hoffnungsreueigkeit alsbald beträchtlich ein. Darüber ist ein Streit in Wien entstanden. Bald muß es sich zeigen, was mehr berechtigt war: die Hoffnung oder ihre Eindämmung. Trotz dem neuesten Zwischenfall und den Gefahren, die er in sich birgt, braucht nach unserer Meinung die Hoffnung auf einen guten Ausgang noch nicht aufgegeben zu werden.“

Der Draht meldet: Wien, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Vorher vorgetragen eingeweihter Seite, die, obwohl sie dem höchsten Ministerium des Auswärtigen ganz fern steht, einen tiefen Einblick in die diplomatische Geheimgeschichte der letzten Wochen hat, erzählt Ihr Korrespondent:

Die russische Kriegspartei, an deren Spitze Großfürst Nikolai Nikolajewitsch steht, hat die serbische Regierung veranlaßt, in Saloniki 30 000 Mann Serben mit 12 Belagerungsgeschützen und 24 Mörsern einzuschiffen und in Alessio, Durazzo und Verona landen zu lassen. 10 000 Mann sind be-

reits auf griechischen Handelsschiffen einbarakert und auf dem Wege nach Durazzo. Dreißig andere griechische Schiffe werden in den nächsten Tagen die übrigen 20 000 Mann serbischer Truppen aufnehmen. Die Expedition ist bestimmt, Serbien einzunehmen und dadurch eine neue Situation zu schaffen, die die Frage der Abgrenzung Albanien, die immer noch nicht vom Friede will, verwickeln und den russisch-österreichischen Gegensatz von neuem verschärfen soll. Als Prinz Hohenzollern mit dem Handschreiben Kaiser Franz Josephs in Petersburg empfangen wurde, war die russische Kriegspartei bestürzt über den überaus günstigen Einbruch, der bei Inhabt des Schreibens auf Kaiser Nikolai machte. Deshalb eilte die Großfürstin Miliza Nikolajowna, Tochter des Königs von Montenegro, nach Cetinje, um dort zu betreiben, daß ein energischer Angriff auf Serbien unternommen werde. Die Festung müsse erobert werden, da sonst der Jar einwilligen würde, daß Serbien albanesisch bleibe. Gleichzeitig wurde nach Belgrad die Weisung gegeben, Montenegro von Durazzo aus beim Generalsturm auf Serbien zu unterstützen. Serbien gehörte und nahm an dem Sturm am 7. Februar teil, der jedoch bekanntlich von dem Befehlshaber Serbiens, General Jovan Riga, unter großen Verlusten der Belagerer abgeblasen wurde. Jetzt soll ein zweiter großer Sturm erfolgen, damit die österreichisch-russische Entpannung durchdringt werde. Diese von der russischen Kriegspartei angeordneten militärischen Operationen in großem Stile wurden beschlossen, weil bekannt wurde, daß nach Ueberreichung des Antwortschreibens des Jaren an Kaiser Franz Josef ein Vorschlag des österreichischen Hofes zur beiderseitigen Abklärung an der russisch-österreichischen Grenze in Petersburg gelangt war. Jar Nikolai hat auf diesen Vorschlag mit einem einwilligenden Telegramm an Kaiser Franz Josef und an den Kronfolger Erzherzog Franz Ferdinand geantwortet. Diese freundschaftliche Stimmung zwischen dem Wiener und dem Petersburger Hofe soll nun durch die Erfüllung von Serbien und das Erscheinen eines serbischen Expeditionskorps in Nordalbanien auf eine neue Belastungsprobe gestellt werden.

In der Frage der Abgrenzung Albanien ist Rußland dem österreichisch-ungarischen Vorschlag bisher in keiner Weise entgegengekommen. Alle Weidungen, daß Rußland zugestimmt habe, daß Serbien albanesisch bleibe, sind unrichtig. Die bevorstehende Abgrenzung von drei serbischen Divisionen der albanesischen Küste zeigt, wie vorzeitig es wäre, von einer bereits eingetretenen vollständigen Klärung der Lage auf dem Balkan zu sprechen.

Obige Meldung findet — teilweise wenigstens — Bestätigung durch das nachfolgende Telegramm:

### Die serbische Hilfe für Montenegro.

Belgrad, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Hier verlautet, daß in den nächsten Tagen aus Nikschin schwarze Geschütze nach Serbien über Saloniki-Durazzo abgehen sollen sowie daß der serbische General Bozowitsch, der als Oberbefehlshaber der serbischen Friedensabwärtiger in London zugeteilt war, das Kommando über die serbischen Truppen vor Serbien übernimmt.

Belgrad, 27. Februar. Der bulgarische General Paparow ist hier einetroffen. In politischen Kreisen verlautet, daß sein Aufenthalt in Belgrad mit einer ausschließlich militärischen Sendung in Verbindung steht.

### Die Abgrenzung Albanien.

London, 27. Februar. Das Reutersche Bureau erzählt aus diplomatischen Quellen, daß die Lage hinsichtlich Albanien augenblicklich die folgende ist: Die Frage der Einverständnis unter allen Mächten über die Hauptfragen der Abgrenzung Albanien in Aussicht stellt, macht es doch die Fortsetzung des Kriegszustandes und besonders die Kriegslage bei Serbien augenblicklich sehr schwierig, endgültige und formelle Entscheidungen zu treffen. Sobald der Friede einmal geschlossen ist, werden die Erörterungen dieser letzten Wochen und die dabei gemachten Vorschläge, die schon eine wesentliche Entpannung herbeigeführt haben, wahrscheinlich sofort zu einer freundschaftlichen Regelung führen. Trotz des Wertes der Versuchlichkeit und der Solidarität, von dem die Mächte bei diesen Verhandlungen Beweis gegeben haben, darf man nicht erwarten, daß die grundsätzliche Uebereinstimmung hinsichtlich bestimmter Teile von Albanien sich in formelle und entscheidende Verbindungen umsetzen wird, bevor die Lage, welche durch die Fortsetzung des Krieges geschaffen ist, einen weniger unsicheren Charakter angenommen haben wird.

### Die Vostschastferkonferenz.

London, 27. Februar. Unterstaatssekretär Nicolson und die Vostschastfer traten heute nachmittag im Auswärtigen Amt wieder zu einer Besprechung zusammen. Die Konferenz, die nicht formellen Charakter trug, fand unter dem Vorhitz des ständigen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Sir Arthur Nicolson statt, da Staatssekretär Grey noch nicht nach London zurückgekehrt ist.

## Das türkenfeindliche England.

Konstantinopel, 27. Februar. In einer Besprechung der Frage der Inseln betont der „Zamin“, daß England nicht nur gemeinsam mit den anderen Großmächten, sondern auch allein durch den Vertrag von Copen die Integrität des türkischen Reiches in Asien verbürgt habe. Da die Inseln des Archipels dem asiatischen Kontinent angehören, so müsse England jetzt diesen Vertrag anwenden. Das Blatt weist weiter auf türkische Feindseligkeiten in England hin, wie z. B. die Entfernung der türkischen Fahne auf Kreta und ihre Ersetzung durch die griechische.

## Ein österreichischer Protest gegen einen offiziellen österreichischen Artikel.

Wien, 27. Februar. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat eine Resolution angenommen, worin die Befriedigung darüber ausgesprochen wird, daß Ministerpräsident Graf Stürgkh in der letzten Besprechung mit deutsch-böhmischen Abgeordneten, soweit dies die gegenwärtigen Verhältnisse gestatteten, beruhigende Mitteilungen über die abwärtsige Lage machte, die auch in wirtschaftlichen Kreisen mit großer Befriedigung angenommen wurden; der Ausschuss bedauert, daß diese Erklärung durch eine offizielle Klugung (gemeint ist das Wiener „Fremdenblatt“, das Erguss des Auswärtigen Amtes) außerordentlich abgeschwächt worden sei, wodurch nur neue Beunruhigung in der Öffentlichkeit nachgerufen wurde.

## Der rumänisch-bulgarische Zwist.

Sofia, 27. Februar. Der rumänische Botschafter Ghika ist heute früh zur mündlichen Berichterstattung nach Bukarest abgereist.

## Bom thrakischen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 27. Februar. Ein amtlicher Kriegserbericht besagt, daß getrennt bei Bulair und Thakatirfska keine Veränderung der militärischen Lage eingetreten sei. Der Feind habe Adrianopel schmach befohlen, der Artilleriekampf dauere auf allen Fronten, insbesondere auf der Dikron, fort.

Sofia, 27. Februar. Morgen tritt die Sobranje zusammen, um die unterbrochene Tagung fortzusetzen. Auf allen Kriegsschauplatzen sind die Operationen wegen ungemündlicher Größe und wegen Unwetters eingestellt.

## Die Deutschen in Adrianopel wohnen.

Konstantinopel, 27. Februar. Nach einem Telegramm des österreichisch-ungarischen Konsuls in Adrianopel von gestern sind sämtliche dortigen Deutschen wohnen.

## Die griechischen Klöster auf dem Athos.

Athen, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Eine Abordnung von 17 griechischen Klöstern im Athosgebiet ist hier eingetroffen, um Benfiskus eine Denkschrift zu überreichen. In dieser wird gegen jede Veränderung, die die jahrhundertalten kirchlichen Rechte der ungrischen Klöster verletzen würde, Einspruch erhoben. Die griechischen Athos-Klöster verlangen Selbstverwaltung mit griechischen Behörden.

## Die Reise Dschavid Bey.

Konstantinopel, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Dschavid Bey Krete, die auf Sonabend verabschiedet ist, wird Gewicht beilegt. Es ist aber festzustellen, daß die Reise nichts mit den schwedischen politischen Fragen zu tun hat, auch gar nicht nach London, sondern nach Berlin und Paris führt. Die rücksichtlichen Gehälter sollen binnen einer Woche bezahlt werden, ein Monatsgehalt in Schiffshefen.

## Ein neues Mittelmeer-Abkommen.

Rom, 27. Februar. Anlässlich einer Bemerkung des „Jurnal“ über einen Artikel der „Zuriner Stamps“ für autorisiert erklärt, worin dem beabsichtigten Uebereinkommen zwischen Italien und Spanien der Zweck beilegt wird, die Bestrebungen Frankreichs im Mittelmeer in Schranken zu halten, schreibt die „Tribuna“, diese Auslegung des Uebereinkommens über das zwischen Italien und Spanien verhandelt werde, entfahre jeder Begründung, es habe einzig den Zweck, zu erreichen, daß die beiden Mächte einander nicht hindern, sondern im Gegenteil in Athen und der spanischen Zone in Marokko Hand in Hand gingen. Es habe einen vorwiegend wirtschaftlichen Charakter und entspreche, wie der Minister des Auswärtigen Marquis di San Giuliano schon in der Kammer erklärt hat, dem Wunsche der beiden Nationen, ihre gegenseitige Freundschaft immer herzlicher zu gestalten.